

CDU Fraktion Ennigerloh, Homanns Kämpe 17 b, 59320 Ennigerloh

Datum

19.02.2011

An  
den Rat der Ennigerloh  
und Herrn Bürgermeister Lülff  
Rathaus

59320 Ennigerloh

Zur Ratssitzung am 21.02.2011, Top 5, n.ö.

### **Haushaltsplanberatungen 2011**

#### **Ostring**

#### **Erhöhung des Haushaltsansatzes zum Grundstücksflächenerwerb Ostring**

#### **Produkt 0107010002**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rats, sehr geehrter Herr Bürgermeister Lülff,

die Bedeutung des Ostrings für die weitere Entwicklung Ennigerlohs ist hinlänglich erörtert und bekannt.

Neben dem wichtigen Standortargument „ampelfreier Autobahnanschluss“ des größten Ennigerloher Gewerbe- und Logistikgebiets (Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherung und Verbesserung der städtischen Gewerbesteuerereinnahmen) entlastet diese Trasse maßgeblich die innerstädtischen Straßen (Ostenfelder und Oelder Straße) und stellt zudem die – mehrfach geprüft – einzig mögliche Entlastungsstraße für Ostenfelde dar.

Gerade vor dem sich andeutenden Schwenk der rot-grünen nordrhein-westfälischen Landesregierung erscheint der Ausbau der B64 gefährdet. Damit entfiehe zusätzlich der eigentlich für die Lkw-Verkehrsentlastung vorgesehene Trassenausbau mit örtlichen Umgehungsstraßen, der insbesondere auch die zu erwartenden Steigerungsraten der Lkw-Verkehre der Autobahnabfahrt Marburg aufnehmen soll.

Diese – von Gutachtern der B64n zugerechneten - Schwerlastströme würden den Ortsteil Ostenfelde zusätzlich belasten.

Eine untragbare Vorstellung!

Die Landwirte haben zwischenzeitlich, wie angesichts der Vorverhandlungen eigentlich zu erwarten war, das Kaufpreisangebot auf Grundlage des neuen Gutachtens (4,50 €9,00€) abgelehnt und eine Alternativvariante (Flächentausch) ins Spiel gebracht.

**Die CDU-Fraktion beantragt:**

- 1. Die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern fortzuführen mit dem Ziel, die für den Bau des Ostrings notwendigen Flächen zu erwerben.**
- 2. Sollten die von der Interessengemeinschaft der Grundstückseigentümer vorgetragenen alternativen Erwerbsvorschläge (Flächentausch zurückentwickelter Baulandflächen, die ohnehin am dortigen Standort in dem Umfang auf absehbare Zeit nicht benötigt werden, o.a.) nicht umsetzbar sein, wird die Verwaltung ermächtigt, auf die Kaufpreisvorstellungen der Eigentümer, wie sie in der Hauptausschusssitzung vom 07.02.2011 vorgebracht wurden (5,25 €10 €), einzugehen und den Grund und Boden zu erwerben.**
- 3. Die notwendigen Haushaltsmittel (80.000 €) werden zusätzlich in den Haushalt eingestellt.**

Mit freundlichen Grüßen

Guido Gutsche